

Begrüßung und Einleitung

Sehr geehrter Herr BM Grabenbauer,
lieber OV Wiesenbach,
liebe Jamila,
sehr geehrte Ehrengäste,
liebe Freundinnen und Freunde!

Ich möchte in meiner Rede zwei Themen ansprechen:
die Grenzwerte bei Stickoxiden in der Luft und die
Gebühren bei Kitas.

Debatte um die Grenzwerte

Wir Grüne stehen für saubere Luft, wir machen eine Politik, die dem Gesundheitsschutz der Menschen Vorfahrt gewährt!

Die Grenzwerte für Stickoxide und Feinstaub beruhen auf fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen – und wer anderes behauptet hat schlicht zu viel Dieselaabgase inhaliert!

Vor rund einigen Tagen wurde ein zweiseitiges Papier veröffentlicht, welches behauptet, der Grenzwert von 40 Mikrogramm NO_x pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel wäre wissenschaftlich unbegründet, es gäbe überhaupt keine Todesfälle durch Feinstaub und Stickoxide.

Verfasst hat dieses Papier Herr Köhler, ein emeritierter Lungenprofessor und Herr Prof. Koch vom KIT, ein Professor für Motorentchnik, der früher bei Daimler Dieselmotoren entwickelt hat.

Diese Stellungnahme war an die Mitglieder der Gesellschaft für Pneumologie verschickt worden, von den 3800 Mitgliedern haben rund 110 unterschrieben.

Und diese 3 % haben der Wissenschaft und der Lungenheilkunde einen Bärendienst erwiesen.

Sie mögen in gute Absicht unterschrieben haben, aber es sind alles Praktiker.

Also sicher gute Ärztinnen und Ärzte.

Aber alles keine WissenschaftlerInnen, schon gar nicht Umwelt-Epidemiologen.

Aber genau diese Expertise braucht es, um die Wirkung von Luftschadstoffen fundiert beurteilen zu können.

Und das ist in der Vergangenheit geschehen, das geschieht aktuell.

Zum Beispiel durch eine Expertise der Gesellschaft für Pneumologie vom November diesen Jahres.

Aber die hat halt 51 Seiten und 450 Quellenangaben.

Ist leider für die Bild nicht sexy genug.

Und für unseren Koalitionspartner von der Christlichen Diesel Union wohl zu komplex.

Die aktuell gültigen Grenzwerte beruhen auf Empfehlungen der WHO die vor gut 10 Jahren weltweit hunderte von Studien ausgewertet hatte und der EU die Grenzwerte für Feinstaub und NOx empfohlen hat.

Die EU und in der Folge die Bundesregierung haben diese Grenzwerte dann in verbindliches Recht gefasst – an das wir uns zu halten haben.

Andere europäische Länder haben übrigens noch schärfere Grenzwerte: in Österreich sind es 35 und in der Schweiz sogar 30 $\mu\text{g}/\text{m}^3$!

Und die Autowelt ist dort auch nicht untergegangen?

Natürlich wurde weiter an dem Thema geforscht, unzählige WissenschaftlerInnen haben tausende von Studien veröffentlicht: die Fachwelt ist sich absolut einig: Feinstaub und Stickoxid führen zu Erkrankungen der Lunge, des Herz-Kreislauf-Systems und auch zu Krebs.

Es gibt daher ernsthafte Überlegungen, dass die Grenzwerte von 40 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ im Jahresmittel zu hoch sind und auf 20 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ abgesenkt werden sollten.

Keiner fällt beim Anzünden einer Kerze oder eines Gasherdes aufgrund der Schadstoffe tot um, das ist richtig.

Aber auch kein Raucher kippt nach einer Kippe oder einer Schachtel aus den Latschen – trotzdem wissen wir alle das Rauchen auf Dauer schädlich ist!

Menschen sterben nicht an Risikofaktoren, sondern Menschen sterben an Erkrankungen, und für diese Erkrankungen gibt es bestimmte Risikofaktoren.

Wie z.B. das Rauchen, wie Feinstaub und eben auch NO_x!

Bei den Grenzwerten handelt es sich zudem um Vorsorgewerte.

Diese dienen dazu alle Menschen bestmöglich zu schützen.

Denn Stickstoff-Dioxid in der Außenluft wirkt das ganze Jahr über auf alle Menschen.

Also auch auf Ungeborene, Säuglinge, Kinder mit Asthma, kranke Leute, ältere Menschen.

Da ist es doch sehr schräg, dass einige Lungenärzte, also diejenigen, die gerade die Gesundheit der „Schwächsten“ im Blick haben sollten, für höhere Schadstoffgrenzwerte plädieren...

Wir machen in BaWü faktenbasierte Verkehrspolitik!
Daher hat das VM eine Expertise eingeholt.
Sie klärt über die Entstehung, die Grundlagen und die Belastbarkeit der Grenzwerte auf.
Und sie sind belastbar!

Wer genaueres nachlesen will, findet die Expertise auf der VM-Homepage, und zwar auf der Website mit den Luftreinhalteplänen.

Verantwortungsvolle Politik muss die Menschen im Blick haben und im Zweifelsfall hat für uns Grüne der Gesundheitsschutz Vorrang vor Freier Fahrt für Dieselstinker.

Dafür stehen wir Grüne, dafür steht unser Verkehrsminister Winne Hermann.

Gebühren für Kitas

Seit einigen Wochen wird ja über kostenlose Kitas gesprochen.

Ich muss ehrlich gestehen – die Forderung der Landes-SPD ist sympathisch, die ist durchaus erstrebenswert. Nicht nur Schule und Studium, sondern auch frühkindliche Bildung im Kindergarten, in der Kita wäre idealerweise ohne Gebühren.

Aber – großes aber:

Derzeit ist eine einkommensgestaffelte Kita-Gebühr am gerechtesten.

Sie ist umsetzbar, sie ist finanzierbar und sie hilft denen, die eine Entlastung am dringendsten brauchen!

Wo stehen wir denn und wo kommen wir her...

Baden-Württemberg hat in den letzten Jahren bei der Betreuung der Kleinkinder massiv aufgeholt.

Von der grün-roten Regierung wurde die Grundsteuer moderat erhöht.

Sie wurde erhöht um den Ausbau der Betreuungsplätze für Unterdreijährige zu finanzieren.

Das ist auch gelungen.

Unter den Grün-geführten Regierungen konnte die Zahl der Kinderbetreuungsplätze von 400.000 um knapp ein Viertel auf 490.000 gesteigert werden.

Für die Unterdreijährigen gibt es sogar rund 80 Prozent mehr Plätze also vor unserer Regierung.

Aber es fehlen weiterhin Betreuungsplätze, ein weiterer Ausbau ist dringend nötig.

Was nützt den Eltern denn eine Gebührenfreiheit, wenn sie gar keinen Platz für ihr Kind bekommen?

Das Land gibt derzeit über 1,5 Mrd. €uro jährlich für die Kleinkindbetreuung aus.

Die Kommunen bekommen vom Land 68 % der Betriebskosten erstattet.

Das ist bundesweit Spitze.

Vollständige Gebührenfreiheit würde nochmal rund 780 Mio. Euro kosten. Jährlich. Und auf Dauer.

Das gibt der Haushalt, das gibt das Verbot als Land neue Schulden auf Kosten zukünftiger Generationen zu machen, nicht her.

Das wäre nicht Generationengerecht!

Das Gute-Kita-Gesetz der Bundesregierung ist mit seinen gut 700 Mio. für vier Jahre nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ein Tropfen, der nach vier Jahren vollständig verdampft ist, denn der Bund lässt uns, lässt die Kommunen, nach vier Jahren im Regen stehen.

Auch was die Qualität und die Personalausstattung angeht, haben wir in den letzten sieben Jahren einen großen Sprung gemacht.

Wir haben inzwischen bundesweit die beste pädagogische Personalausstattung.

Allerdings wird es immer schwerer, zusätzliche Fachkräfte zu finden.

Der Job des Erziehers, der Erzieherin muss attraktiver werden.

Und dazu gehört auch eine zeitliche Freistellung der Leitungskräfte im Kindergarten.

Den Einstieg in eine einheitliche Regelung wollen wir mit den Bundesmitteln finanzieren.

Ja, das jetzige Modell ist ungerecht, es muss sich dringend etwas ändern bei den Gebühren für Kitas in [Baden-Württemberg](#).

Aber es ist nicht gerechter, den Beitrag für alle abzuschaffen.

Denn profitieren würden nicht nur die Schlechtsondern auch die Gutverdienenden.

Die Situation ist im Lande aus einem anderen Grund ungerecht.

Sie ist ungerecht, weil jede Kommune selber entscheiden kann, ob sie überhaupt Gebühren erhebt, wie hoch diese sind und ob sie Ermäßigungen anbietet.

Manche reiche Städte verlangen keinerlei KiTa-Gebühren, wie z.B. Heilbronn.

Andere haben eine Staffelung nach Einkommen, wie Walldorf.

Weitere, wie Neckargemünd, geben immerhin auf Geschwisterkinder Rabatt.

Das aber unabhängig vom Familieneinkommen.

Finanzschwache Kommunen sind gezwungen, höhere Gebühren zu erheben.

Hier müssen und vor allem hier können wir zunächst ansetzen.

Der Beitrag für die Kita muss sich am Familieneinkommen orientieren.

Die Unterstützung käme da an, wo sie dringend benötigt wird.

Dazu nehmen wir als Land Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden auf, damit eine landesweit einheitliche Satzung erarbeitet und vereinbart wird.

Wir machen verantwortungsvolle Politik und versprechen nicht das Blaue vom Himmel.

Ja, gebührenfreie Kitas bleiben langfristig erstrebenswert, aber im Moment **ist eine einkommensgestaffelte Kita-Gebühr am gerechtesten.**

Alles gute zum Neuen Jahr, mögen eure Wünsche in Erfüllung gehen, lasst uns gemeinsam weiter für eine bessere Welt kämpfen – und für noch mehr Grüne in den Gemeinderäten, im Kreistag und im Europaparlament.

Vielen Dank!